

ULLA PLENER

In Memoriam: Hattingen und Rheinhausen 1987/1988.

Versuch einer Demokratie von unten

Wer erinnert sich heute noch an den 10. Dezember 1987 ?

An diesem Tag ruhte in allen größeren Stahlstandorten des Ruhrgebiets für längere Zeit die Arbeit. In Duisburg wurden die Rheinbrücken an 25 Stellen besetzt, Straßenkreuzungen und Autobahnauffahrten sowie der Hafen blockiert. Ein aktiver Teilnehmer, damals stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Krupp-Rheinhausen, beurteilte diesen Tag ein halbes Jahr später so: »Ich meine, daß uns Rheinhausen so etwas wie eine (das Wort stammt von Fahrtmann¹) revolutionäre Situation beschert hat, einen historischen Moment, den wir seit langem schon nicht mehr gehabt haben, ein Vorgefühl von politischer Macht bei den Leuten, die das Empfinden hatten: Wenn wir alle hier zusammen aufstehen, dann können wir auch was bewegen. Das war der 10. Dezember. Er ist für mich ein ganz entscheidender historischer Tag, weil er deutlich gemacht hat: Es gibt so was wie Umbruchsituationen, Chancen einer großen Veränderung, was bei vielen durch Wirtschaftswunder und Wiederaufbau völlig aus dem Bewußtsein verschwunden war...«²

Dieser 10. Dezember 1987 war der Höhepunkt einer ungewöhnlichen Bewegung, die sich in den achtziger Jahren in der ehemaligen Bundesrepublik in Teilen der Lohnarbeiterschaft und über sie hinaus in der Bevölkerung der von Krisenprozessen bedrohten Stahlregionen gegen die Politik der Konzerne und der Bundesregierung formiert hatte. Sie konzentrierte sich besonders in den Auseinandersetzungen um die Stahlstandorte Hattingen und Rheinhausen. Diese demokratische Bewegung »von unten« setzte sich für eine lebenswerte Zukunft traditioneller Industrieregionen ein und vertrat soziale und politische Anliegen. Ihr qualitativ neues Kennzeichen war, daß sie die Erfahrungen der »alten« Kämpfe und die neuen Forderungen von Industriearbeitern ebenso in sich aufgenommen hatte wie die politischen und sozialen Bedürfnisse ganzer Bevölkerungsteile, die sich seit Ende der sechziger, dann besonders in den siebziger Jahren in kirchlichen, Frauen-, Jugend-, Umweltschutz- und anderen Bürgerinitiativen manifestierten: Die soziale und politische Aktivität der Arbeiterbewegung als Vertreterin besonders der Lohnarbeitenden, also der Arbeiter und Angestellten der Großbetriebe, verband sich mit einer breiten Bürgerbewegung, in der sich Angehörige verschiedener sozialer Klassen, Schichten und Gruppen zusammengeschlossen hatten und klassen- und schichtenübergreifende Ziele verfolgten.

Die »alte« *Arbeiterbewegung*, repräsentiert von einigen Gewerk-

Ulla Plener – Jg. 1933,
Historikerin, Berlin.

Wer spezifische Gefährdungen für die Arbeitnehmerschaft und globale Gefahren für die Menschheit eingrenzen und überwinden will, der muß für die Verteidigung der politischen Demokratie und für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Demokratie eintreten. Überlebensfragen und Klassenfragen sind gleichermaßen Machtfragen.

Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit. Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform, April 1989, S. 11.

schaften des DGB und den Interessenvertretungen der Großbetriebe, brachte in diese Bewegung u. a. folgende Inhalte und Forderungen ein³:

Sie kämpfte gegen ersatzlose Entlassungen – für neue Arbeitsplätze am Ort im Falle strukturbedingten Arbeitsplatzabbaus und wandte sich damit an die Verantwortung der Konzerne und der »öffentlichen Hand«, also staatliche Institutionen der verschiedenen Ebenen, darunter die Bundesregierung. Der von technischen Neuerungen bedingte wirtschaftliche Strukturwandel sollte sozial und ökologisch gestaltet werden. Es sollten vorhandene Ausbildungsplätze erhalten und neue Ausbildungsmöglichkeiten sowie Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen geschaffen werden – auf Kosten der Konzerne, unter Teilnahme der »öffentlichen Hand«. Vor allem trat sie dafür ein, daß der Strukturwandel nicht ohne die Belegschaften, ihre Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauensleute vollzogen wurde – sie sollten an *Entscheidungen* beteiligt werden, wenn es darum ging, Produktionsanlagen zu schließen, weiterzuführen, zu verlagern oder umzubauen.⁴ Dafür wurden eigene Modelle für die Weiterführung der Produktion unter sozialen, ökologischen und humanen Aspekten vorgelegt, wobei auch die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen, die Finanzierbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen u.ä.m. berücksichtigt waren.⁵ Das wurde mit der Perspektive verbunden, in die Verfügungsgewalt der Konzerne über Produktion und Produktionsmittel einzugreifen. Nur defensiv kann dieses damalige Agieren – auch aus heutiger Sicht – wohl nicht bezeichnet werden.⁶

Die Merkmale als *übergreifende Bürgerbewegung* zeigten sich u. a. im folgenden:

Es war eine Bewegung großer Bevölkerungskreise, eine Bürgerbewegung im Sinne des Wortes, an der sich die verschiedensten sozialen Kräfte beteiligten: neben den Beschäftigten der betroffenen Betriebe, eingeschlossen die ausländischen Arbeiter, deren Frauen und Kinder, Arbeitslose, Gewerbetreibende, Händler, Kirchenvertreter, Künstler, Sportler, Angehörige der verschiedensten Berufsgruppen (darunter Techniker, Ingenieure), Einzelpersonlichkeiten aus Politik und Gesellschaft. Es konstituierten sich Bürgerkomitees, in denen Bürgerinitiativen dieser Gruppen aktiv mitwirkten. Neben den besonders seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre von den damals neuen demokratischen Bewegungen (Friedens-, Umweltschutz-, Frauenbewegungen) initiierten Kampfformen (Bürgerinitiativen für konkrete Anliegen, Umweltprojekte vor Ort u. a.) wurden neue Aktionsformen praktiziert wie z. B. Mahnwachen vor Konzernvorständen, vor Sitzen der Landes- und der Bundesregierung; ein »Dorf des Widerstandes« u. a. m.

Die Bewegung artikulierte den inneren Zusammenhang der Bereiche »Arbeit« (Erwerbsarbeit) und »Leben« (Freizeit, Wohnort, Bildung und Ausbildung, Kultur im weiten Sinne) und bezog friedenspolitische, ökologische, jugend-, frauenspezifische u. a. Gesichtspunkte ein.⁷

Die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der betroffenen Betriebe bildeten bei Höhepunkten der Bewegung meistens den aktiven, inhaltlich weitgehend bestimmenden Kern.

»Notwendige Schritte zu mehr Demokratie und gesellschaftlicher Vernunft sind unter anderem:

- . Branchenausschüsse mit neuen Mitbestimmungsrechten für die Gewerkschaften. Im nationalen Stahlauschuß z. B. sollen Bund, Länder, Unternehmen und IG Metall die Unternehmenspolitik koordinieren und die Neuordnung nach sozialen Kriterien beschließen.
 - . Vergesellschaftung der Stahlindustrie.
 - . Mehr Mitbestimmung auf allen Ebenen. Die paritätische Mitbestimmung soll auf alle Unternehmen ausgedehnt werden. Wirtschafts- und Sozialräte sollen die gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung wahrnehmen.
 - . Investitionslenkung.
 - . Staatliche Strukturberichterstattung.
 - . Koppelung staatlicher Zuschüsse an die Sicherung von Arbeitsplätzen.
- metall, Hattingen, 13. 5. 1987.

Die *politischen* Merkmale der Bewegung ließen sich darin erkennen, daß sie ein hochpolitisches Ziel – die Sicherung von traditionellen Industrieregionen des Landes – verfolgte; daß sie in die regionale und bundesweite Industriestrukturpolitik eingriff, deren Veränderung forderte, konstruktive Vorschläge dafür unterbreitete und die Regierungen der Länder und besonders die des Bundes in die Pflicht nahm; daß sie entsprechende Erwartungen an die politischen Parteien formulierte; daß sie zu einem politischen Faktor in der Bundesrepublik wurde, politisch einiges in ihr bewegt und damit in das politische Kräfteverhältnis eingegriffen hatte. Der demokratische Charakter der Bewegung zeigte sich darin, daß sie inhaltlich demokratische, also im Interesse der Bevölkerungsmehrheit liegende Anliegen verfolgte und Aktionsformen praktizierte, die breite Teile der Bevölkerung einbezog.

Ihren Kern bildete die »alte« Arbeiterbewegung, in erster Linie einige *Gewerkschaften* des DGB. Diese wandten sich, wenn auch mit einer gewissen Verzögerung, den Fragen zu, die die wissenschaftlich-technische Umwälzung (Stichwort Mikroelektronik) seit Mitte der siebziger Jahre – mit ihnen seit Mitte der achtziger Jahre zunehmenden Folgen für die Strukturpolitik – aufwarf. Der Verlauf der Aktionen führte seit dem Übergang von den siebziger zu den achtziger Jahren schrittweise von der Verteidigung angesichts der Konzernangriffe zu einer zunehmend offensiven und politischen Position. Belegschaften und Gewerkschaften legten konstruktive Lösungen vor, die die Belange der von Entlassung bedrohten Stahlwerker ebenso berücksichtigten wie die Zukunft der damit verbundenen Regionen. Zusammen mit der Bürgerbewegung und als deren Kern erwiesen sie sich so als die Verfechter der demokratischen Bestrebungen der Arbeitenden und der politischen wie sozialen Menschenrechte.

Die Etappen des Widerstandes gegen das Abwälzen unsozialer Folgen technischer Entwicklung allein auf die abhängig Beschäftigten, die Lohnarbeitenden, und deren Lebenszusammenhänge in den Regionen lassen sich wie folgt skizzieren.

Nach der zyklischen und Strukturkrise 1974/1975 (die zugleich die erste Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit war) weiteten sich die Inhalte gewerkschaftlicher Kämpfe über die – bis dahin dominierenden – berechtigten Lohnforderungen hinaus aus und richteten sich u. a. darauf, Arbeitsplätze, die infolge von Rationalisierungsmaßnahmen wegfielen, durch neue zu ersetzen, notwendige Qualifizierungen dafür zu gewährleisten, die Arbeitsbedingungen zu verbessern (Stichwort »Humanisierung«) und die Mitbestimmungsmöglichkeiten in diesen Fragen (also beim Wie der Produktion) zu erweitern. Damit wurden stärker und umfassender als bei den Lohnkämpfen der Jahre zuvor *gesellschaftliche Zusammenhänge* erfaßt. Alle großen Streiks der zweiten Hälfte der siebziger Jahre – in der Druck- und Metallindustrie und in den Häfen 1978, im Stahlbereich 1978/1979, bei der Post 1980 – gingen von »qualitativen« Forderungen aus mit dem Anspruch, den Produktionsablauf und den Einsatz neuer Techniken zu beeinflussen: gegen unsoziale Rationalisierungsfolgen, für kürzere Arbeitszeit und humanere Arbeitsbedingungen, gegen die unzureichenden wirt-

Die IG Metall sieht den Strukturwandel als Chance, die für die umfassende Befreiung von inhumaner Arbeit und zur Erweiterung der freien Zeit zur selbständigen Gestaltung und Verbesserung der Lebenskultur genutzt werden kann und muß. Menschengerechte Arbeit für alle - das bleibt auch für die Gesellschaft der Zukunft die zentrale politische Aufgabe.

Die andere Zukunft... Leitlinien der IG Metall..., April 1989, S. 16.

schaftspolitischen »Krisenlösungen« der (noch sozialdemokratisch geführten) Bundesregierung.

Diese Tendenz setzte sich in den achtziger Jahren fort. DGB-Gewerkschaften kämpften um Rahmentarifverträge, die Mindestanforderungen an die Arbeitsbedingungen und – das war ein wesentliches *neues* Moment – die *Arbeitsinhalte* miteinfassen sollten. Sie erhoben *Rechtsansprüche* auf Umschulungsmaßnahmen, die von Unternehmern bezahlt werden sollten, auf Kündigungsschutz bei Rationalisierungsmaßnahmen, auf mehr Mitbestimmung bei der Arbeitsorganisation. Besonders seit der zyklischen Krise 1980 bis 1983 rückte die Forderung, die Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden (bei vollem Lohnausgleich) zu verkürzen, um der Massenarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, in den Mittelpunkt. Auch hierbei ging es – so sahen es auch die Herrschenden – »nicht nur um quantitative Größen«, sondern »um ein Stück realer Machtverschiebung«, wie die Frankfurter Rundschau am 23. Februar 1985 schrieb, weil damit »die unumschränkte Verfügungsgewalt der Arbeitgeber« eingeschränkt würde. In diesem Zeichen standen die machtvollen Streiks der IG Metall und der IG Druck und Papier 1984.

In diese Zeit fällt der Beginn des Stahlarbeiterwiderstandes. Dazu gehörte z. B. die Bewegung »Stahlwerk jetzt!«, die sich 1981 an den Hoesch-Konzern in Dortmund wandte. Zugleich entfalteten sich seit Beginn der achtziger Jahre die neuen demokratischen Bewegungen, die vielfach als Bürgerinitiativen wirkten. Dabei entstanden viele Initiativen, die sich für verschiedene örtliche Belange einsetzten. Und zu solchen, ganze Ortschaften und Städte betreffenden Problemen gehörte zunehmend die Massenarbeitslosigkeit, u. a. und besonders in der Stahlindustrie. So kam es schon in den ersten achtziger Jahren zu Bürgeraktionen, die zusammen mit den Belegschaften und deren gewerkschaftlichen Organisationen für die Arbeitsplätze stritten – z. B. die Fraueninitiative bei Hoesch-Stahl in Dortmund.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erreichten die Kämpfe eine neue Qualität. Schon die Aktionen der Stahlwerker der Maxhütte in Oberbayern, der Salzgitter AG in Niedersachsen, von ARBED-Stahl an der Saar, der Thyssen-Stahl AG in Oberhausen im Ruhrgebiet und andere hatten um die Mitte der achtziger Jahre neue Zeichen des Widerstandes gesetzt. Die Stahlarbeiter der Henrichshütte in Hattingen (Thyssen-Konzern) 1987 und der Krupp-Stahlwerke in Duisburg-Rheinhausen 1988 hoben den Kampf auf eine höhere Stufe – und das in mehrfacher Hinsicht.

Er wurde zu einer gesamtnationalen Angelegenheit von hoher gesellschaftspolitischer Bedeutung, der sich keine politische Kraft – weder die politischen Parteien, noch die Unternehmerverbände, weder der Bundestag, noch die Bundesregierung – entziehen konnte. Es ging um das Menschenrecht auf Arbeit ebenso wie um demokratische Einflußnahme auf Entscheidungen, auf das, was in den Konzernen und im Staat geschieht oder nicht geschieht. Es sollten bestehende Arbeitsplätze erhalten und vor allem neue Arbeitsplätze – für die aus Rationalisierungsgründen notwendig wegfallenden – an den betreffenden Orten geschaffen werden. Sie sollten durch Qualifizierungsmaßnahmen – von den Konzernen

Die Spaltung unserer Gesellschaft... wird durch die kapitalistische Marktwirtschaft verursacht und kann vom Staat zementiert oder abgebaut werden. Die konservative Politik trägt ganz erheblich dazu bei, die Spaltung voranzutreiben:

- . durch eine Steuerreform, die die Reichen privilegiert und die Kleinverdiener benachteiligt,
 - . durch Kürzungen bei den Sozialleistungen,
 - . durch die Lockerung von Arbeitsschutz- und Kündigungsschutzbestimmungen und
 - . durch eine Schwächung der Gewerkschaften.
- Die andere Zukunft... Leitlinien der IG Metall..., April 1989, S. 12/13.

In den Bereichen Arbeit und Wirtschaft ist die Beteiligung aller an der Gestaltung und Kontrolle der sie betreffenden Entscheidungen noch kaum verwirklicht. Die IG Metall fordert daher vor allem die Demokratisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse. Die andere Zukunft... Leitlinien der IG Metall..., April 1989, S. 19.

getragen und finanziert – gesichert sein. Kurzum, es sollte kein Beschäftigter in die Arbeitslosigkeit entlassen werden können. Die Forderungen richteten sich an die Konzerne und die Bundesregierung gleichermaßen. Es ging – und darin bestand die neue politische Qualität der Kämpfe – um die Lebensfähigkeit ganzer Regionen, in diesem Fall besonders des Ruhrgebiets, und eigentlich um die Gestaltung der gesellschaftspolitischen Situation der ganzen damaligen Bundesrepublik. Von der Bundesregierung wurde gefordert, ihre deklarierte »Verantwortung für das Ganze« wahrzunehmen.

Im Verlaufe dieses Kampfes erreichte das Zusammenwirken der Stahlbelegschaften und ihrer Betriebsräte und Vertrauensleute mit den vielen anderen Kräften in den betreffenden Städten und Orten – Vertretern demokratischer Parteien und Verbände, Kirchen, Künstler- und Sportvereinigungen, Einzelpersonlichkeiten, Handwerkern, Gewerbetreibenden, Kleinhändlern – eine neue Qualität. Sie zeigte sich im Wirken der dabei entstandenen Bürgerkomitees – den Inhalten ihrer Tätigkeit, der sozialen und politischen Breite der Zusammenarbeit in ihnen.

Zu einem Höhepunkt gestaltete sich der eingangs beschriebene Aktionstag der IG Metall am 10. Dezember 1987, der von der Bürgerbewegung voll mitgetragen wurde.

Die Aktionen der Hattinger und Rheinhausener Stahlarbeiter und Bürger brachten einiges in Bewegung in der damaligen Bundesrepublik.

Ende 1987 und Anfang 1988 befaßte sich der Bundestag mehrfach mit der Lage in der Stahlindustrie. Wenn auch für Stahlarbeiter dabei wenig Konkretes herauskam, unterstrich der – ungewöhnliche – Vorgang die gesamt nationale Bedeutung ihres Kampfes. Als die Gegenwehr der Stahlarbeiter und der Bürgerbewegung 1987/1988 bedrohliche Ausmaße für den »sozialen Frieden« anzunehmen begann, sahen sich sowohl die Stahlunternehmer als auch – in deren Gefolge – die Bundesregierung veranlaßt, auf Zugeständnisse einzugehen.

Am 10. Juli 1987 unterzeichneten die IG Metall und die Unternehmensvereinigung Eisen- und Stahlindustrie die »Frankfurter Vereinbarung«⁸, die im Oktober desselben Jahres von der Bundesregierung akzeptiert wurde. Darin hatten sich Unternehmer u. a. verpflichtet, an den Stahlstandorten neue Arbeitsplätze zu schaffen. Anfang Mai 1988 kam es zur »Rheinhausener Vereinbarung« zwischen der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, dem Krupp-Konzern und dem Betriebsrat des Krupp-Stahlwerkes in Duisburg-Rheinhausen⁹, nach der die Stilllegung der Hütte hinausgezögert wurde und der Konzern versprach, für neue Arbeitsplätze an diesem Ort zu sorgen. Die Ersatzarbeitsplätze entstanden dann aber zum größten Teil nicht, weil die Maßnahmen sich als schwer umsetzbar und nicht kontrollierbar erwiesen hatten¹⁰.

Die Bundesregierung sah sich gezwungen, zwischen März und Oktober des Jahres 1987 fünf »Stahlrunden« und am 24. Februar 1988 eine »Ruhrgebietskonferenz« einzuberufen, an denen Vertreter der Stahlbelegschaften und der IG Metall sowie Beauftragte der Stahlkonzerne und der Banken teilnahmen und die zu einigen – allerdings sehr unzureichenden – konkreten Zusagen für das Ruhr-

Wir wollen eine Neuorientierung der privaten Unternehmens- und Konzernpolitik. In der Vergangenheit stand der Aufkauf bestehender Unternehmen außerhalb der Regionen im Vordergrund. Der Aufbau neuer Produktlinien am Ort wurde vernachlässigt. In der Zukunft muß der Übergang vom externen zum internen Strukturwandel vorangetrieben werden. Damit wird der Vorrang für die Sanierung der regionalen Beschäftigungsbilanzen eingeklagt.

Wir wollen eine Neuorientierung der regionalen Strukturpolitik.

Die andere Zukunft...

Leitlinien der IG Metall..., April 1989, S. 23.

gebiet hinsichtlich der finanziellen »Abfederung« des Strukturwandels führten. Im Juli 1987 initiierte die SPD-geführte Regierung von Nordrhein-Westfalen ein bundesweites »Zukunftsinvestitionsprogramm Montanregionen (ZIM)«, mit dem rund zwei Milliarden DM in den nächsten Jahren für neue Arbeitsplätze mobilisiert werden sollten. Ende Februar 1989 wurde – großspurig als »Großaktion der Wirtschaft« und »beispiellose Eigeninitiative« bezeichnet – die Aktion von 35 Konzernen und 31 sogenannten Wirtschaftsführern »Initiativkreis Ruhrgebiet« bekanntgegeben, die »einen substantiellen Beitrag zum Strukturwandel und zur Klimaverbesserung des Ruhrgebiets leisten« wollte.

Pressemeldungen des Jahres 1989 verlautbarten, das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen befände sich wieder »im Bundesdurchschnitt«, und an der Ruhr begäbe »der Druck auf die Arbeitsplätze« langsam nachzulassen. Sowohl die CDU/CSU-geführte Bundesregierung als auch die SPD-Landesregierung schrieben sich dieses – bis dahin noch sehr vage – Ergebnis zu. In Wirklichkeit hatte, das gestand die Frankfurter Allgemeine am 17. März 1989, »die neue positive Grundstimmung... etwas mit dem Stichwort Rheinhausen zu tun«.

Die wenigen Ergebnisse des großartigen Kampfes standen für das Kräfteverhältnis in der damaligen BRD: Die Banken und Konzerne hatten das Land nach wie vor fest im Griff, aber ihre Kahl-schlagpolitik konnten sie damals nicht wie geplant durchsetzen.

Im Verlaufe der Auseinandersetzungen und aufgrund der dabei gesammelten Erfahrungen sind die *Gewerkschaften*, ganz besonders die IG Metall, *konstruktiv im Sinne gesamtgesellschaftlicher Interessen* aktiv geworden, d. h. vor allem: für die Sicherung und Erweiterung der demokratischen Einflußnahme der Lohnarbeitenden auf Wirtschaft und Staat sowie der politischen und sozialen Menschenrechte, besonders des Rechts auf Arbeit. Sie hatten die Inhalte ihres Wirkens in beachtlichem Maße erweitert und ihr Selbstverständnis, nicht nur soziale Schutzfunktionen, sondern auch soziale und politische *Gestaltungsaufgaben* wahrzunehmen, präzisiert. Dafür stand besonders das Dokument der IG Metall »Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit. Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen (sic!) und gewerkschaftlichen Reform« vom April 1989.¹¹

Über »Das neue Gesicht des Kapitalismus« war darin zu lesen: »...Trotz des erkämpften sozialen Fortschritts leben wir immer noch in einer kapitalistischen Gesellschaft und sind mit einer kapitalistischen Wirtschaft konfrontiert... Traditionelle Klassenfragen sind dabei keineswegs in den Hintergrund getreten. Ausbeutung und Abhängigkeit sind in den industriellen Staaten gemildert, aber keineswegs abgeschafft. Es gibt weiterhin den Skandal der Arbeitslosigkeit... Es gibt den Skandal der Verteilungsgerechtigkeit, der für die Beschäftigungskrise in den Industrieländern mit verantwortlich ist.« Unter »Zielsetzungen« hieß es – neben »Arbeit für alle statt Arbeitslosigkeit für viele«, »Solidarität statt Konkurrenz« und »Internationalität und Nationalität« – »Lebendige Demokratie statt autoritärer Herrschaft«. (Siehe nebenstehend.)

Für viele der bedrohten Stahlstandorte und Betriebe wurden in

Die konservative Alternative Freiheit oder Sicherheit, Individualität oder Kollektivität sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich wechselseitig. Die Freiheitsrechte bleiben Papier, wenn man sie aus materiellen Gründen nicht wahrnehmen kann. Wer seinen persönlichen Bedürfnissen nachgehen will, kann dies als Arbeitnehmer nur, wenn ein Netz kollektivvertraglicher Regelungen ihm Sicherheit und Entfaltungschancen bietet. Der Wunsch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Mitbestimmung und Beteiligung ist spürbar gewachsen. Wir werden ihn aufgreifen, indem wir für eine emanzipatorische, demokratische und beteiligungsorientierte Arbeitsverfassung kämpfen. Dies setzt aber auch mehr gesetzliche Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gewerkschaften und der betrieblichen Interessenvertretungen auf allen Gebieten voraus.

Die andere Zukunft... Leitlinien der IG Metall..., April 1989, S. 33.

Demokratie ist bis heute auf die politische Staatsform beschränkt geblieben und nicht zur gesellschaftlichen Lebensform in allen Bereichen geworden.

Nur die gleichberechtigte Beteiligung aller an der Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, die ständige Kontrolle und Begrenzung von politischer und wirtschaftlicher Macht entspricht dem Anspruch einer demokratischen Gesellschaft.

Die parlamentarische Demokratie droht zur Parteienherrschaft, zur Verkrustung und zur Machtausübung durch wenige zu verkommen. Darum fordern wir die Verbesserung und Verbreiterung politischer Demokratie durch verstärkte Bürgerbeteiligung und institutionalisierte Bürgerrechte über den Rahmen der parlamentarischen Demokratie hinaus.

Die andere Zukunft...
Leitlinien der IG Metall...,
April 1989, S. 19.

enger Zusammenarbeit von Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern, darunter Ingenieuren, Technikern und einigen Leitungskadern, technisch und ökonomisch begründete Konzepte für die Weiterführung der Produktion erarbeitet mit dem Ziel, alte Arbeitsplätze umzubauen und neue – unter ökologischen und humanen Gesichtspunkten – zu schaffen. Zugleich wurde über viele Fragen der Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie der Technikgestaltung konkret nachgedacht, so z. B.: Wie kann Kriegs- auf Friedensproduktion umgestellt werden? Konkrete Projekte der Konversion wurden in einigen Großbetrieben von entsprechenden Arbeitskreisen ausgearbeitet. Wie kann das Wirtschaften durch entsprechenden Um- und Ausbau von Industrien und Branchen ökologisch und sozial werden? Wie kann Technik durch Arbeitszeitverkürzung, Umweltschutz am Arbeitsplatz, Arbeiterleichterungen, schöpferische Arbeitsinhalte human gestaltet werden? Wie können die sozialen Sicherungssysteme ausgebaut, im besonderen die neuen flexiblen Arbeitsformen sozial geschützt und Wege zur effektiven Bildung, Qualifizierung, Umschulung gefunden werden? Wie kann sich die Individualität des Arbeitnehmers durch kollektiven Zusammenschluß und gewerkschaftliche Interessenvertretung entfalten? Individuelle Bedürfnisse sollten verstärkt aufgegriffen werden. Wie ist die Gleichstellung der Frauen in der Erwerbsarbeit, Freizeit, Familie, Politik zu erreichen? Welche neuen Möglichkeiten für Arbeit und Freizeit können besonders für die Jugendlichen erschlossen werden? Wie können Staat und Wirtschaft demokratisiert werden, u. a. durch erweiterte Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und Konzern, in den Kommunen, regional und auf Bundesebene?

Bei all diesen Fragen ging es den Gewerkschaften, an ihrer Spitze die IG Metall, nicht zuletzt, ja sogar sehr vordergründig darum, *Entscheidungsstrukturen* in der Arbeitswelt und in der Politik zugunsten der Lohnarbeitenden zu verändern. Sie forderten mehr Demokratie gerade in diesem Sinne, auch und besonders gegen Konzernvorstände, die im Zuge der Umstrukturierung von Industrien und Produktion über Schicksale von Familien und ganzer Regionen ausschließlich im Sinne der eigenen Profitsteigerung entschieden.

Ein Kennzeichen dieser gewerkschaftlichen Überlegungen war: »Wer die Zukunft gestalten will, der kommt an bestehenden ökonomischen Zwängen, am real existierenden Kapitalismus nicht vorbei.« Und: »Wenn wir die Entwicklung dieser Gesellschaft allein den Marktprozessen und den Gewinninteressen (des Kapitals) anheim stellen, dann ist dies gleichbedeutend mit der Aufgabe von Politik, mit dem Verzicht auf bewußte Gestaltung von Gegenwart und Zukunft.«¹²

Von zukunftssträchtiger Bedeutung war die in den Kämpfen um die Stahlindustrie in der IG Metall geborene und z. T. konkret ausgearbeitete Idee der *Beschäftigungsgesellschaften*, deren *Inhalt damals weiter gefaßt* war, als wir es heute von den so bezeichneten Gebilden kennen. Auch damals sollten sie die Entlassung von Tausenden der Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit verhindern; aber die betreffenden Konzerne sollten verpflichtet werden, neue

Arbeitsplätze an den Standorten zu schaffen, Übergangsbeschäftigungen und notwendige Qualifizierungsmaßnahmen zu sichern und zu finanzieren – und das mit Unterstützung der »öffentlichen Hand«, auf die die Gewerkschaften Einfluß nehmen können müßten. So sollte in die Strukturpolitik der Konzerne und der Regierungen eingegriffen werden. Über das unmittelbare Anliegen (Massenarbeitslosigkeit verhindern) und das mittelfristige Ziel (sozial und ökologisch zukunftsfähigen Strukturwandel einleiten) hinaus enthielt das Konzept langfristige Vorstellungen, die in Richtung der – schrittweisen – gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung von Interessen in Industriezweigen und der Gesamtwirtschaft wiesen: Unter anderem über die Mitfinanzierung von Übergangsmaßnahmen für neue Beschäftigungen sollte für die »öffentliche Hand« (staatliche Institutionen, Kommunen) der Weg geöffnet werden, in die Verfügungsgewalt der Konzerne einzugreifen; und das hätte – je nach Kräfteverhältnis mehr oder weniger – Möglichkeiten der öffentlichen Kontrolle über Abläufe bestimmter Prozesse in den Konzernen geschaffen. Zugleich wurde gefordert, die Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und der Gewerkschaften vom »Wie« zum »Was« der Produktion zu erweitern. Dabei gingen Verfechter dieser Vorstellungen in der IG Metall von der klaren Erkenntnis aus, daß es eines harten Kampfes bedarf, wenn diese (wie auch die kurz- und mittelfristigen) Ziele realisiert werden sollten.

Ein Ergebnis der gemeinsam von Bürgerbewegungen und Gewerkschaften getragenen Aktionen waren neuartige Formen bei der Suche nach Lösungen für das Recht auf Arbeit und für die Lebensfähigkeit der Städte und Regionen. So bildete sich im Mai 1988 auf der Basis des damaligen Bürgerkomitees der »Verein Leben und Arbeiten in Rheinhausen«. Unterstützt von Teilen der Bevölkerung, von Zukunftsforschern und Fachleuten der verschiedenen Branchen waren seine Teilnehmer dabei, ein realistisches Bild von der Zukunft ihrer Stadt nach ihrem Geschmack zu entwerfen, initiierten sie sinnvolle Projekte für Umwelt und Arbeit.¹³ Nach diesem Vorbild entstand in Duisburg-Huckingen der »Verein Aufbruch – solidarisches Leben und Arbeiten im Duisburger Süden«. Ähnliche Initiativen gab es in anderen Ortschaften und Städten.

Und 1998? Pressemeldungen zufolge haben die Aktionen, an die hier erinnert wurde, nicht viel gebracht. Das Stahlwerk in Duisburg-Rheinhausen ist 1993 endgültig geschlossen worden, ohne daß die versprochenen neuen Ersatzarbeitsplätze geschaffen wurden – die Arbeitslosenrate betrug in diesem Stadtteil im November 1997 17 Prozent. Eine Berliner – sich als links verstehende – Tageszeitung glaubte im Dezember 1997 über den von »einer Handvoll Gewerkschaftsaktivisten inszenierten Arbeitskampf« 1987/1988 ironisieren zu können: »Ein bißchen Klassenkampf« sei geübt worden. Drei im November 1997 befragte Akteure der damaligen Ereignisse (zwei Gewerkschafter, ein Betriebsrat) zogen es vor, sich in Schweigen zu hüllen. Der »ökonomische Trendbruch« und der »gesellschaftliche Umbruch«, von denen in den oben zitierten Leitlinien der IG Metall vom April 1989 die Rede war¹⁴, dauern an. Der damit verbundene neoliberal bestimmte Zeitgeist erhielt seit 1989/1990 weiteren Auftrieb mit dem Zusammen-

bruch des Realsozialismus, in Deutschland wurde er von den Folgen des Anschlusses der DDR an die alte Bundesrepublik gestärkt.

Und die Gewerkschaften? »Die IG Metall«, schreibt H. Bömer, »reagierte in den achtziger Jahren auf die drohende private Einheitsgesellschaft mit dem Konzept der Vergesellschaftung der Stahlindustrie... Dies war ein vernünftiges demokratisches Konzept... Es war eingebettet in ein umfassendes Programm der Arbeitszeitverkürzung und der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen durch aktive Struktur- und Regionalpolitik. Dagegen gab es von seiten der Gewerkschaft 1997/1998 keinen prinzipiellen Widerstand gegen die Vollfusion von Thyssen und Krupp«¹⁵ Auch darin findet die seit 1987/1988 gewandelte Situation ihren Ausdruck. Frank Deppe schreibt: »Die Gewerkschaften sind in den meisten Ländern extrem geschwächt, und vor allem in der BRD profiliert sich die überwiegende Mehrheit der DGB-Gewerkschaften durch ein subalternes Anpassungsverhalten«, und sie gibt dabei »mehr und mehr das ›politische Mandat‹ zur Vertretung der Interessen der gesamten Arbeiterklasse – auch der am meisten diskriminierten Teile« auf.¹⁶

Doch stehen die damaligen Fragen an die Zukunft, darunter an die Gestaltung der Produktion, der Struktur- und Wirtschaftspolitik wie der staatlichen Politik im Ganzen nicht auch heute? Und stehen sie nicht, wie die Frage nach dem Verhältnis von privatem Profit- und dem gesamtgesellschaftlichen Interesse, heute noch dringlicher? Geht es nicht heute – siehe »Erfurter Erklärung« – vor allem darum, die Bevölkerungsmehrheit, die Lohnarbeitenden und ihre Organisationen, an den *Entscheidungsprozessen* in Produktion, in Struktur- und Wirtschaftspolitik und in anderen Bereichen (Bildung! Kultur im umfassenden Sinne!) wirklich zu beteiligen?

In den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen der achtziger Jahre waren diese »qualitativen« Fragen der unmittelbare Aktionsgegenstand in der damaligen Bundesrepublik Deutschland. Es war in diesem Land vor allem die »alte« Arbeiterbewegung in Gestalt einiger Gewerkschaften des DGB, die – zusammen mit demokratischen Bürgerbewegungen – konstruktive Antworten darauf formulierte und sich für ihre Umsetzung einsetzte. Sie hat keinen Grund, sich dieses Versuchs einer gestaltenden Praxis und der aktiven Wahrnehmung eines »politischen Mandats« für die lohnarbeitende Bevölkerungsmehrheit zu schämen. Wie in der Vergangenheit geht es auch heute und in Zukunft um »die Demokratisierung der Institutionen – der privaten Unternehmen wie der Staatsapparate« ebenso wie um »politische... Eingriffe in die unumschränkte Verfügung über das Kapitaleigentum«. ¹⁷ Wer, wenn nicht die Gewerkschaften, sollte dieses Erfordernis der Zeit vor allen und mit anderen Kräften tragen?

Anmerkungen

1 Friedrich Fahrtmann, damals Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag Nordrhein-Westfalen.

2 Deutsche Volkszeitung/Die Tat, Düsseldorf, 20. Mai 1988.

3 Vgl. Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Meinungen, Forderungen, Aktionen für mehr Demokratie in der BRD. Dokumente, Berlin 1990. Darin sind die Vielfalt der Forderungen und der damit verbundenen Aktionen um Hattingen und Rheinhausen dokumentiert.

4 Vgl. Stahlindustrie sozial neu ordnen und demokratisieren. Forderungen der IG Metall (Hat-

- tingen) an Politik und Wirtschaft, in: Wer sich nicht wehrt..., S. 14/15; Petition der IG Metall an den Deutschen Bundestag (Mai 1987), in: Ebenda, S. 16/17.
- 5 Vgl. dazu u. a.: Das Hattinger Modell, in: Ebenda, S. 27 ff.
- 6 Vgl. Frank Deppe: Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert, Köln 1997, S. 165.
- 7 Vgl. Wir wollen Brot und Rosen! Flugblatt zum Internationalen Frauentag; Jugendinitiative Hattingen »Wir schlagen Krach für unsere Zukunft«; Es geht um das ganze Revier. Rheinhausener Aufruf vom Dezember 1987; Schüler fragen: Was soll aus uns werden?; Bürgerversammlung in Rheinhausen am 8. Februar 1988; Aufruf zum politischen Aschermittwoch in Rheinhausen am 17. Februar 1988. Alle in: Wer sich nicht wehrt..., in der angegebenen Reihenfolge S.32/33, 43-46, 56, 59/60, 74-79, 81.
- 8 Vgl. ebenda, S. 47.
- 9 Vgl. ebenda, S. 93-95.
- 10 Vgl. Hermann Bömer: Neue Dimensionen im globalen Konkurrenzkampf. Thyssen-Krupp AG - Gewerkschaften ohne Alternativkonzept? In: Sozialismus, Hamburg, H. 3, 1998, S. 39.
- 11 Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit. Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform. Herausgeber: IG Metall Vorstand, Frankfurt am M., o. J. (April 1989)
- 12 Franz Steinkühler: Referat auf dem Zukunftskongress der IG Metall (Oktober 1988), Manuskript, S. 6.
- 13 Über ein solches Projekt berichtete die Zeitung der DKP »Unsere Zeit« am 21. April 1989: Ein »Deutsches Institut für Holographie (dreidimensionale, mit Laser hergestellte Fotografie) soll nach Rheinhausen, nicht nur wegen privater Fotofreunde, sondern auch für die Werkstoffprüfung in der Industrie. Einige Teilnehmer brüten über ein Werkstatt- und Reparaturzentrum. Jugendliche sollen hier Arbeit bekommen, Autos, Fahrräder und elektrische Geräte reparieren und verfallene ehemalige Villen von Krupp-Direktoren in Kindergärten, Bürgertreffs und Vereinszentren verwandeln.«
- 14 Vgl. Die andere Zukunft..., S. 10.
- 15 H. Bömer, a.a.O., S. 38.
- 16 Frank Deppe: Die Prognose ist richtig. Die Barbarei des entfesselten Kapitalismus (150 Jahre Kommunistisches Manifest), in: Neues Deutschland, Berlin, 24. Februar 1998.
- 17 Ders.: Fin de Siècle, a.a.O., S. 147, 192/193.